# PRESSEMITTEILUNG

Datum: 13.03.2023

Die geplante Erweiterung des Gewerbegebiets in Grafschaft-Gelsdorf und die damit verbundene Bebauung sorgen weiterhin für große Diskussionen. Die Bürgerinnen und Bürger aus Gelsdorf sind besorgt und fühlen sich nicht gehört, obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aus verschiedenen Gründen gegen die Erweiterung des Gewerbegebiets ist. Am 13. Oktober 2022 hatte der Gemeinderat einstimmig beschlossen, das Bauleitplanverfahren zu pausieren und die Verwaltung aufgefordert, die effektivsten Hochwasserschutzmaßnahmen zu ermitteln und den finanziellen Rahmen zu bestimmen. Basierend auf diesen Informationen sollten im Frühjahr 2023 die zuständigen Gremien darüber entscheiden, wie lange das Bauleitplanverfahren ausgesetzt werden sollte und in welcher Reihenfolge die Maßnahmen zum Schutz der Gelsdorfer Bevölkerung umgesetzt werden sollten.

Jedoch haben die Gemeindeverwaltung und insbesondere der Bürgermeister den Rat mit finanziellem Druck und vermeintlichem "Fachwissen" beeinflusst, um die geplante Bebauung durchzusetzen, obwohl die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt wurden. Selbst die FDP-Fraktion, die im vergangenen Oktober einen Antrag auf Pausieren des Bauleitplanverfahrens gestellt hatte, scheint sich mit den Informationen der Gemeindeverwaltung zufrieden zu geben, möglicherweise um den Unmut des Bürgermeisters zu vermeiden. Nur die Fraktionen der FWG und der Grünen haben öffentlich die Vorgehensweise der Gemeindeverwaltung kritisiert.

Die von der Bürgerinitiative vorgebrachte Kritik bezieht sich nicht nur auf den Hochwasserschutz, sondern auch auf die Auswirkungen auf die Umwelt und die Landwirtschaft. Die von der Gemeindeverwaltung ausgewiesenen Kosten in Höhe von rund 4 Millionen Euro könnten durch den Verkauf der Fläche und die Rückführung zur landwirtschaftlichen Nutzung eingebracht werden. Die bereits genehmigte Erweiterung der Firma Soendgen führt zu großflächigem Landfraß und Oberflächenversiegelung, was nicht mit dem Umweltschutz und den aktuellen Klimaveränderungen vereinbar ist.

Die BI hat Gespräche mit den im Gemeinderat vertretenen Parteien (außer der SPD, die immer noch keinen Dialog gesucht hat) geführt, um die Bevölkerung über die Vorgehensweise der Gremien und der einzelnen Fraktionen zu informieren. Die bevorstehende Kommunalwahl im Jahr 2024 könnte für die Parteien kritisch werden, wenn sie gegen die Interessen der Bevölkerung entscheiden. Es ist wichtig, dass die Bedenken und Meinungen der Bevölkerung ernst genommen werden, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die Gelsdorfer Einwohner fühlen sich nicht mitgenommen, ja sogar veräppelt. Jetzt zeigt sich, ob die Gemeinde bereit ist, die erheblichen Bedenken der Bürger anzuhören und in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Bürgerinitiative Hochwasserschutz Gelsdorf e.V.
Dürener Sraße 15
53501 Grafschaft-Gelsdorf

1. Vorsitzender: Hermann-Josef Dahlhausen
kontakt@bi-gelsdorf.de
www.bi-gelsdorf.de